



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 28.03.2014

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 03. April 2014, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2014

2. Mitteilungen

3. Fragestunde

4. **14-F-33-0039**

Zukunft der haushaltsnahen Wertstoffeffassung
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.03.2014

Mit der Kündigung der Clearingvereinbarung durch die DSD (Duales System Deutschland GmbH) Ende Februar 2014 sind Leistungseinschränkungen bei der Entsorgung von Leichtverpackungen zu befürchten. Außerdem muss die Stadt Einbußen bei den Nebenentgelten für die Abfallberatung sowie die Standplätze für Altglas- und Papiercontainer befürchten.

Unabhängig von dieser aktuellen Entwicklung schreibt die Abfallrahmenrichtlinie der EU bzw. § 14 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vor, spätestens ab dem 1. Januar 2015 Kunststoffe, Metalle, Glas und Papier getrennt vom Restabfall zu erfassen. Offen ist, ob die zukünftige Trägerschaft des Erfassungssystems privat oder kommunal sein wird.

In Wiesbaden wird seit Januar 2013 ein Modellversuch „Wertstofftonne“ durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob es zu Leistungseinschränkungen bei der Entsorgung von Leichtverpackungen in Wiesbaden gekommen ist;
2. zu berichten, in welchem Umfang mit Einbußen bei den Nebenentgelten für Wiesbaden gerechnet werden muss;
3. über die Erfahrungen mit dem Modellversuch „Wertstofftonne“ zu berichten;
4. über die kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass der Bundesgesetzgeber zumindest die Option für eine kommunale Trägerschaft des Erfassungssystems ab 2015 ermöglicht;
5. rechtzeitig mit allen planerischen und organisatorischen Vorarbeiten zu beginnen, um sich auf die verschiedenen Szenarien einer Fortentwicklung der haushaltsnahen Wertstofffassung vorzubereiten.

5. 14-F-33-0040

Bezahlbares Wohnen in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.03.2014

Bereits im Mai 2013 wurde die in § 558 BGB festgeschriebene Begrenzung von Mieterhöfungen bei bestehenden Mietverhältnissen auf maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren (Kappungsgrenze) in besonderen Gebieten abgesenkt. Allerdings hat die Hessische Landesregierung noch immer keine Gebiete ausgewiesen, in denen eine aus-reichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist und dementsprechend eine Absenkung der Kappungsgrenze möglich wäre.

Die Große Koalition auf Bundesebene hat in ihrem Koalitionsvertrag – neben der sog. Mietpreisbremse – eine Reihe von Instrumenten, um den Wohnraum – auch in Wiesbaden – möglichst bezahlbar zu halten verankert. Sie setzt „auf einen wohnungspolitischen Dreiklang aus einer Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung.“

So plant die Bundesregierung in von den Ländern ausgewiesenen Gebieten mit nachgewiesen angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass sich die Landeshauptstadt mit diversen Beschlüssen, nicht nur mit der Mietpreisbremse, sondern auch mit dem Erwerb von Belegrechten im Zusammenhang mit der Förderung von Modernisierungsmaßnahmen, mit der Erschließung von Wohnflächenpotentialen und öffentlich gefördertem Wohnungsbau auf den Weg gemacht hat, bezahlbaren Wohnraum in Wiesbaden zu schaffen.
- 2.a.) Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Hessischen Landesregierung für eine Absenkung der bestehenden Kappungsgrenze bei Bestandsmieten von 20 Prozent auf 15 Prozent nach § 558 BGB Abs. 3, Satz 2, und einer entsprechenden Gebietsausweisung einzusetzen, welche auch das Stadtgebiet Wiesbadens miteinschließt.
- 2.b.) Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ausdrücklich die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen, bei der eine Mietpreiserhöhung auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt werden soll.
- 2.c.) Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Hessischen Landesregierung für eine zügige Ausweisung von entsprechenden Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten im Sinne dieser Regelung einzusetzen, in denen die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen Anwendung finden soll. Hierbei soll der Magistrat darauf hinwirken, dass auch das Wiesbadener Stadtgebiet als entsprechendes Gebiet ausgewiesen wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die im Hessischen Koalitionsvertrag vereinbarte Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe.

6. 14-F-03-0047

Allbaumbestände in Wiesbaden - zweites Gutachten zur Lesselallee beauftragen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.03.2014 -

Der Magistrat beabsichtigt, auf Grundlage eines neuen Gutachtens einen erneuten Vorstoß zu Rodung der Kastanien in der Lesselallee zu unternehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Ergebnisse des Gutachtens zum Zustand der Lesselallee des Büros R. Dengler vom Februar 2014 vorzustellen und darzulegen, welche Folgerungen aus dem Gutachten gezogen werden.
- 2) zu berichten, warum dieses Gutachten nicht im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit vorgestellt und diskutiert wurde.
- 3) zu berichten, ob andere Gutachterbüros als das Büro R. Dengler angefragt wurden und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

- 4) unverzüglich ein zweites Fachgutachten zum Gesundheitszustand des Baumbestandes der Lesselallee, zum bestehenden Risiko durch Astbruch und zu möglichen risikomindernden Maßnahmen durch entsprechende Baumpflege zu beauftragen. Dieses Gutachten ist in gleicher Weise zu veröffentlichen wie das bereits auf der Homepage der LHW eingestellte Gutachten des Büros Dengler.
- 5) keine Rodungen in der Lesselallee durchzuführen, bevor nicht ein zweites Fachgutachten das Dengler-Gutachten hinsichtlich Methodik, Untersuchungsergebnissen und abschließender Beurteilung der Bruchgefahr bestätigt hat.
- 6) für den künftigen Umgang mit Altbaumbeständen im gesamten Stadtgebiet (Stichwort z. B. „Alleenumbau“) Verfahren und Kriterien zu entwickeln und den städtischen Gremien zur Beratung vorzulegen. Ziel ist es, einen möglichst langen Erhalt stadtbildprägender und ökologisch wertvoller Altbäume, eine transparente Entscheidungsfindung bei Bestandserneuerungen und eine Konfliktminimierung durch rechtzeitige Bürgerbeteiligung sicherzustellen.

7. 14-F-08-0024

Wiedereinführung eines Fahrgastbeirats

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 26.03.2014 -

Im Herbst 2011 wurde trotz kritischer Stimmen, z. B. vom Arbeitskreis der Behindertenorganisationen, der Fahrgastbeirat der ESWE Verkehrs GmbH abgeschafft.

Ein Online-Fahrgastforum sollte an dessen Stelle treten. Nach mehr als zwei Jahren kann festgestellt werden, dass das Online-Fahrgastforum von Bürgerinnen und Bürgern für Kritik und Anregungen genutzt wird. Es ist allerdings nachvollziehbar, dass es quantitativ und qualitativ die kritischen Stimmen und Anregungen aus der Bürgerschaft nur sehr partiell abdeckt. Dies hat sicher unterschiedliche Gründe, u. a. weil eine Online-Registrierung notwendig ist, um an diesem Forum teilzunehmen. Auch ist nicht gewährleistet, dass Anregungen und Kritik zeitnah aufgegriffen und einer notwendigen Beantwortung oder (politischen) Entscheidung zugeführt werden.

Angesichts der sich in der letzten Zeit häufenden Kritik hinsichtlich des ÖPNV Wiesbadens wäre es sehr sinnvoll wieder einen Fahrgastbeirat einzurichten, der - mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern besetzt - zur positiven Entwicklung des städtischen ÖPNV beitragen könnte.

Die Stadtversammlung möge beschließen:

Bei den städtischen Verkehrsbetrieben wird zum nächsten Fahrplanwechsel wieder ein Fahrgastbeirat eingerichtet.

Der Magistrat möge in Zusammenarbeit mit der städtischen Verkehrsgesellschaft bis zur Sommerpause eine entsprechende Vorlage erarbeiten, die die Erfahrungen aus der zwei Jahrzehnte währenden Arbeit des Fahrgastbeirats in Wiesbaden sowie Erfahrungen aus anderen Städten aufgreift und positiv weiterentwickelt.

8. 14-F-07-0013

Weltkulturerbe in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.02.2014 -

Bereits im Jahr 2005 hatte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, dass sich Wiesbaden um die Anerkennung als „Weltkulturerbe“ bemühen soll. Im Sommer 2012 wurde ein Antrag auf Aufnahme der Stadt auf die bundesdeutsche Vorschlagsliste gestellt. Im Vergleich zu anderen Welterbe-Kandidaten hat die Öffentlichkeit in Wiesbaden bislang kaum etwas über die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen erfahren. Vor allem ist bis heute offenbar kaum etwas getan worden, um die Bürgerschaft für das Projekt zu gewinnen und es zu einem echten Bürgerprojekt zu machen.

Man hätte erwartet, dass die Bewerbung durch die Stadtspitze und die eigens eingerichtete „Stabsstelle Weltkulturerbe“ offensiv vertreten wird, doch besteht eher der Eindruck, dass inzwischen eine gewisse Resignation eingetreten ist. Über den Verbleib der Stadt Wiesbaden in der internationalen Bewerbergruppe der „Great Spas of Europe“ unter Federführung der Tschechischen Republik soll laut Presseberichten noch in diesem Jahr entschieden werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

1. was für Ergebnisse der 2011 eingerichtete Arbeitskreis Weltkulturerbe-Bewerbung erbracht hat und weshalb die Öffentlichkeit bislang nicht über diese Ergebnisse informiert wurde;
2. weshalb die von der „Stabsstelle Weltkulturerbe“ herausgegebene Broschüre über das „Kulturerbe Wiesbaden“, die den Stadtverordneten bereits 2012 zur Verfügung gestellt wurde, nicht allgemein zugänglich gemacht wurde und wann damit zu rechnen ist;
3. warum im Gegensatz zu anderen Welterbe-Bewerberstädten bis heute keine breit angelegte Bürgerbeteiligung und Einbindung der Presse erfolgt ist, um das Projekt in der Stadt bekannt zu machen und die Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen;
4. wie der aktuelle Stand in Sachen Bewerbung um Anerkennung als Weltkulturerbe aussieht und welche Erfolgchancen seiner Meinung nach bestehen;
5. was in letzter Zeit unternommen wurde, um die Bewerbung aktiv voranzutreiben und welche Aktivitäten bis zur Entscheidung auf internationaler Ebene geplant sind, um die Wiesbadener Interessen in den laufenden Entscheidungsprozessen mit dem gebotenen Nachdruck zu vertreten.

9. 14-F-05-0005

Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 26.03.2014 -

Im Rahmen des Zensus 2011 wurde festgestellt, dass die Stadt Wiesbaden ca. 6000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger hat als bisher angenommen. Seitdem arbeitet der Magistrat mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen. In manchen Magistratsvorlagen wird die amtliche Statistik des Hessischen Statistischen Landesamtes (273.117 Einwohner) zugrunde gelegt, teilweise aber die Zahl der Kommunalstatistik, die auf dem Einwohnermelderegister basiert (279.070 Einwohner). Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen dadurch, dass „Karteileichen“ im Einwohnermelderegister bislang nicht bereinigt werden konnten. Da es nicht zulässig ist, die

Zensusdaten an das Einwohnermeldeamt weiterzuleiten, muss die Harmonisierung der Einwohnerzahlen auf anderem Weg erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- ob er schon tätig geworden ist, um die Daten des Einwohnermelderegisters richtigzustellen, und wenn ja, was er zu diesem Zweck unternommen hat

- wie zukünftig sichergestellt werden kann, dass die Daten des EMR den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

10. 14-F-03-0046

Demokratie schützen in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 25.03.2014 -

In Wiesbaden kam es in der jüngsten Vergangenheit zu Vorkommnissen mit rechtsradikalem Hintergrund. Im Zuge der Europawahl ist darüber hinaus mit verstärkter Präsenz von verfassungsfeindlichen Gruppierungen zu rechnen. Um als demokratische Stadt wehrhaft zu bleiben, sind verstärkte eigene Anstrengungen nötig. Das gilt zum einen für die Beschaffung von Wissen über Gruppierungen und deren Veranstaltungen im Wiesbadener Stadtgebiet und zum anderen für die Förderung entschlossener Gegenreaktionen der Wiesbadener Bevölkerung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

- 1) regelmäßig mit dem hessischen Verfassungsschutz, Innenministerium und mit Institutionen, welche sich mit der Beobachtung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten befassen, in Kontakt zu treten, um sich über Vorgänge, Gruppierungen und Personen mit verfassungsfeindlichem Hintergrund (rechtsextremistisch, antisemitisch, rassistisch etc.) in Wiesbaden zu informieren.

Diese Informationen sind in Form eines schriftlichen Berichtes einmal jährlich der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

- 2) bei Kenntnis von öffentlichen Veranstaltungen in Wiesbaden durch Gruppierungen und Personen mit verfassungsfeindlichem Hintergrund, die Bürgerschaft in angemessener Art und Weise darüber zu informieren.
- 3) einen Ansprechpartner zu benennen, der bei - in diesem Zusammenhang - meldewürdigen Vorkommnissen (z.B. nationalsozialistischen Schmierereien) von den Bürgerinnen und Bürgern kontaktiert werden kann.
- 4) zu prüfen ob Mitarbeitende der Stadtverwaltung für die Teilnahme an Gegendemonstrationen vom Dienst freigestellt werden können.

11. 13-F-03-0128

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Kostenentwicklung am Platz der Deutschen Einheit

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2013 -

Berichterstatter: Stadtv. Spallek

ANLAGE

12. 14-F-08-0023

Schriftliche Anfrage Nr. 234/2014 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 12.02.2014 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Leiharbeit"

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 13-F-03-0102

Auswirkungen der Standortverlegung der US-Streitkräfte nach Wiesbaden - Gesamtproblematik Militärflugplatz Erbenheim

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.09.2013 -

ANLAGE

2. 13-F-08-0089

Räumung und zivile Nutzung der Gelände "Kastel Housing Area" und "Kastel Storage Station" in Mainz-Kastel

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 12.11.2013 -

ANLAGE

3. 13-V-11-2011

DL 01/14-2

Frauenförderplan der Dienststelle Stadtverwaltung für den Zeitraum 2014 bis 2019

ANLAGE

4. **13-V-51-0058** **DL 16/14-1**
Sanierung der Fußwegeverbindung zwischen Nerostraße und Lehrstraße (Bergelchen),
Gestaltung des Lehrplatzes als Quartiersplatz und Erneuerung des Straßenraums Lehrstraße
5. **13-V-66-0240** **DL 12/14-1**
Mühlwiesenstraße K 647, Ausbau von Netzknoten 55 bis Netzknoten 56 in Wiesbaden-
Sonnenberg
6. **13-V-80-2316** **DL 13/14-4**
Geplantes Wohngebiet Gräselberg "Auf den Eichen" - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und
Ausrichtung eines städtebaulichen Wettbewerbes
7. **13-V-80-8015** **DL 13/14-5**
Arbeitsmarktprojekt "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen ("Friedhofsteam")" - Verlängerung
2014 bis 2016
8. **14-F-09-0001**
Inklusion geht nur mit Investition
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 04.02.2014 -
- ANLAGE**
9. **14-V-01-0001** **DL 17/14-1**
Kampagne "Wiesbaden positioniert sich gegen häusliche Gewalt" des Referates der
Kommunalen Frauenbeauftragten
10. **14-V-01-0005** **DL 17/14-2**
Bericht zum Projekt Walkmühle
11. **14-V-01-0007** **DL 17/14-3**
Ball des Sports 2015 - 2017 sowie Vertragsverlängerung für 2018 - 2027
12. **14-V-01-0010** **DL 19/14-2, 18/14-1**
IRONMAN 70.3 Europameisterschaft, Austragung des Schwimmens im Schiersteiner Hafen

13. 14-V-10-0005 DL 17/14-4

Freigabe von Mitteln des Hauptamtes für Maßnahmen im 2. Quartal 2014

14. 14-V-11-2001 DL 17/14-5

Beauftragung einer Mitarbeitendenbefragung im Jahr 2014. Kenntnisnahme der Fehlzeiten der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

15. 14-V-12-0001 DL 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

16. 14-V-20-0004 DL 20/14-2, 19/14-4 , 18/14-2

Umsetzung der Ergebnisse aus der Evaluation des Ratsinformationssystems; Durchführung der weiteren Ausbaustufen von WinKoSi und PiWi

17. 14-V-20-0005 DL 17/14-7

166. Vergleichende Prüfung "Konsolidierung Kreis Offenbach"

18. 14-V-20-0006 DL 14/14-1

Investitionscontrolling 4. Quartal 2013

19. 14-V-20-0008 DL 16/14-2

Entwurf der Haushaltspläne 2014/2015 - Wirtschaftspläne der Verkehrsbetriebe

20. 14-V-20-0012 DL 14/14-2

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

21. 14-V-20-0013 DL 14/14-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

- 22. 14-V-20-0015** **DL 17/14-8**
Bericht über die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden 2012
- 23. 14-V-20-0016** **DL 16/14-3**
Vorabfreigabe von Ortsbeiratsmitteln 2014
- 24. 14-V-40-0002** **DL 12/14-2**
Erich-Kästner-Schule; Schaffung von Differenzierungsräumen
- 25. 14-V-40-0003** **DL 18/14-3, 12/14-3**
Hafenschule - Fritz-Brüderlein-Haus - Umbau wegen Schulentwicklung
- 26. 14-V-40-0004** **DL 12/14-4**
Ausbau Grundschulkinderbetreuung - Bericht zur Entwicklung 2. Halbjahr 2013
- 27. 14-V-40-0006** **DL 12/14-5**
IM - Jahresabschluss 2012
- 28. 14-V-41-0002** **DL 17/14-9**
Vorabfreigabe Bereich Kultur 2. Quartal 2014
- 29. 14-V-51-0004** **DL 17/14-10**
Vorabfreigabe eines Anteils der Bezuschussung zur Sicherstellung der Arbeit der "Kontaktstelle Gemeinschaftliches Wohnen"
- 30. 14-V-51-0006** **DL 17/14-11**
Vorabfreigabe von IM-Mitteln des Amtes für Soziale Arbeit im Bereich der Kindertagesstätten
- 31. 14-V-52-0001** **DL 12/14-6**
Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2014

- 32. 14-V-52-0002** **DL 12/14-7**
Zuschüsse für langlebige Sportgeräte; Verteilung der Haushaltsmittel 2013
- 33. 14-V-52-0003** **DL 19/14-5, 18/14-4**
Genehmigung zur Durchführung eines Bike-Marathons in Wiesbaden
ANLAGE
- 34. 14-V-66-0303** **DL 20/14-3, 19/14-6**
Wiederherstellung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK 2014 - Vorabfreigabe
- 35. 14-V-66-0304** **DL 20/14-4, 19/14-7**
Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in Wiesbaden und AKK 2013
- 36. 14-V-70-0001** **DL 17/14-12**
Haushalt 2014/2015; Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für die Entsorgungsbetriebe
- 37. 14-V-80-8002** **DL 14/14-4**
Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München 2014

Tagesordnung III

- 1. 13-V-61-0034** **DL 13/14-1**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Im Wiesengrund - Bürgerhaus Dotzheim" im Ortsbezirk Dotzheim
- Änderungsbeschluss und Offenlagebeschluss -
- 2. 13-V-61-0035** **DL 13/14-2**
Bebauungsplan "Im Wiesengrund - Bürgerhaus Dotzheim" im Ortsbezirk Dotzheim
Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

3. **13-V-61-0042** **DL 19/14-1, 15/14-1**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Aarstraße" im Ortsbezirk Nordost in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Satzungsbeschluss -

4. **13-V-63-0013** **DL 13/14-3**

Vorkaufssatzung Rheinufer, südöstlich der Theodor-Heuss-Brücke

5. **14-V-10-0011**

Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages am 08. Mai 2014 in Fulda

ANLAGE

6. **14-V-61-0006** **DL 15/14-2**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Comeniusstraße" im Ortsbezirk Nordost in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **14-V-20-0007** **DL 12/14-1 NÖ**

Rechtliche Beauftragung zur Verifizierung eines Beihilfetatbestandes im Sinne des EU-Rechtes für mittelbare und unmittelbare Gesellschaften

2. **14-V-20-0017** **DL 19/14-1 NÖ, 18/14-1 NÖ**

Übergabe des Jagdschloss Platte

3. **14-V-20-0019** **DL 17/14-1 NÖ**

Genehmigung eines Kassenkredites

4. **14-V-20-0020** **DL 17/14-2 NÖ**

Liquiditätssicherung

5. **14-V-36-0001** **DL 12/14-2 NÖ**
Niederschrift nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 19.12.2013

6. **14-V-36-0004** **DL 17/14-3 NÖ**
Niederschrift nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 30.01.2014

7. **14-V-80-2302** **DL 17/14-4 NÖ**
Grundsätzliches Verfahren bei Anpassung bzw. Verlängerung von Erbbaurechtsverträgen

8. **14-V-80-2306** **DL 20/14-1 NÖ, 19/14-2 NÖ**
BgA Parkplätze

9. **14-V-80-2309** **DL 20/14-2 NÖ, 19/14-3 NÖ**
Ausübung eines Vorkaufsrechtes

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher